

G7: “Gerecht geht anders” – Großdemo in Münchner Innenstadt

geschrieben von Andreas | 25. Juni 2022



[Presse-Info]

München, 25. Juni 2022. Mit einer Großdemonstration durch die Münchner Innenstadt appelliert ein Bündnis aus 15 zivilgesellschaftlichen Organisationen heute an die Teilnehmer:innen des anstehenden G7-Gipfels auf Schloss Elmau (26.-28.6.). Die Organisationen sprechen sich gemeinsam dafür aus, dass die G7-Staaten entschieden gegen die Klimakrise und das Artensterben vorgehen und Hunger, Armut sowie Ungleichheit bekämpfen. Die G7-Staaten müssen in diesem Zusammenhang auch Konsequenzen aus dem russischen Krieg gegen die Ukraine ziehen und die Abhängigkeit von Öl, Gas und Kohle stoppen. Die Demonstration beginnt gegen 12 Uhr auf der südlichen Theresienwiese mit einer Auftaktkundgebung.

Ablauf der Demonstration:

– 12:00 Uhr Auftaktkundgebung an der südlichen Theresienwiese
(<https://www.openstreetmap.org/?mlat=48.1287&mlon=11.5468#map=>

[16/48.1287/11.5468](#))

Eröffnung der Anfangskundgebung mit Rede- und Musikbeiträgen

– **ca. 13:00 Uhr Start Demo durch die Innenstadt**

Route: Theresienwiese – Poccistraße – Lindwurmstraße – Herzog-Heinrich-Straße – Kaiser-Ludwig-Platz – Herzog-Heinrich-Straße – Paul-Heyse-Straße – Schwanthalerstraße – Sonnenstraße – **Sendlinger-Tor-Platz – Lindwurmstraße – Poccistraße – Theresienwiese**

– **ca. 14:30 Uhr Abschlusskundgebung**

mit Rede- und Musikbeiträgen

– **ca. 16 Uhr voraussichtliches Ende**

An der rechten Seite der Bühne (Blickrichtung: auf Bühne) wird es einen Pressecounter geben, an dem Sie sich für O-Töne, Fotos sowie weitergehende Informationen akkreditieren können. Zudem wird es vor Ort ein Podium für Fotomöglichkeiten geben.

Stimmen der Bündnispartner:innen, auch als Audiodateien, finden Sie hier: www.g7-demo.de/presse. Die ausführlichen Programmpunkte der Demonstration sind auf der nächsten Seite aufgeführt.

Die Großdemonstration in München reiht sich ein in die vielfältigen Proteste rund um den G7-Gipfel im Schloss Elmau bei Garmisch-Partenkirchen. Dort empfängt die Bundesregierung vom 26. – 28. Juni Staats- und Regierungschefs großer Industriestaaten zum G7-Gipfel.

Trägerorganisationen

Aktion gegen den Hunger, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Attac, Brot für die Welt, BUND für Umwelt- und Naturschutz, BUND Naturschutz in Bayern, Campact, Greenpeace, IG Nachbau, MISEREOR, Naturschutzbund Deutschland, NaturFreunde Deutschlands, Oxfam Deutschland, Welthungerhilfe und WWF Deutschland.

Hashtags:

#G7 #GerechtGehtAnders

Mehr Informationen:

www.g7-demo.de

presse@g7-demo.de

Programm

Auftaktkundgebung

(Wir behalten uns kurzfristige Änderungen vor)

12:00 Uhr Beginn Auftaktkundgebung

12:10 Uhr Reden der Jugendverbände der Trägerkreis-Organisationen:

Fiona & Kilian (Greenpeace Jugend), Beccy (BN Jugend), Ilayda (WWF Jugend),

Luca (NaJu Bayern)

12:20 Uhr Rede von Viviane Raddatz (WWF)

12:25 Uhr Rede von Africa Kiiza (SEATINI Uganda; Brot für die Welt)

12:30 Uhr Live Musik von Jessica Onuigwe & Band

12:40 Uhr Rede von Lisa Göldner (Greenpeace)

12:45 Uhr Elena Cadeggianini & Soja-Nemo Heißerer (AG Klima der Plattform Stop G7 Elmau)

12:50 Uhr Rede von Esteban Servat (Debt For Climate)

12:55 Uhr Rede von Christoph Bautz (Campact)

Abschlusskundgebung

14:30 Uhr Act (Big Heads) und Rede von Charlotte Becker (Oxfam)

14:35 Uhr Rede von Martin Geilhufe (BUND Naturschutz in Bayern)

14:40 Uhr Rede von Emilia Reyes (Directora de Políticas y Presupuestos para la

Igualdad y el Desarrollo Sustentable bei Equidad, Mexico)

14:45 Uhr Rede von Uwe Hixsch (NaturFreunde Deutschlands)

14:50 Uhr Musik: Cosmic Surprise Union (CSU)

14:55 Uhr Rede von Bettina Cruz (CNI-Congreso nacional indigena, Mexico)

15:00 Uhr Rede von Rosi Reindl (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft)

15:05 Uhr Rede von Evelyn Acham (Klimagerechtigkeitsaktivistin, Uganda; RiseUp)

15:10 Uhr Musik: Cosmic Surprise Union (CSU)

15:15 Uhr Rede von Lisa Poettinger (Klimagerechtigkeitsaktivistin, München)

15:20 Uhr Rede von Judith Amler (Attac Deutschland)

15:25 Uhr Rede von Ina-Maria Schikongo (Klimagerechtigkeitsaktivistin, Namibia)

15:30 Uhr Live-Musik & Performance von Edite Domingos

15:40 Uhr Rede von Michaela Amira (AG Krieg & Frieden der Plattform Stop G7 Elmau)

15:45 Uhr Rede Sierra Leone Refugee Camp (1 Jahr Dauerkundgebung, München)

15:50 Uhr Einladung von Brigitte Ziegler zur 3. Weltfrauenkonferenz in Tunesien

15:55 Uhr Abschluss von Uwe Hicksch (NaturFreunde Deutschlands)

Kontakt zu den Sanitäter:innen: 0 15 15 157 96 34

Pressekontakte:

Allgemeine Anfragen: presse@g7-demo.de

Aktion gegen den Hunger Vassilios Saroglou,
presse@aktiongegenendenhung.de,
030 279 099 776

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Charlotte Gengenbach,
gengenbach@abl-ev.de, 0152 088 537 60

Attac Roland Süß, suess@attac.de, 0175 272 5893

Brot für die Welt Thomas Beckmann, thomas.beckmann@brot-fuer-die-welt.de,
0174 181 0175

BUND Clara Billen, clara.billen@bund.net, 030 275 864 64

BUND Naturschutz in Bayern Florian Kaiser,
florian.kaiser@bund-naturschutz.de,
0175 363 52 51

Campact Iris Karolin Rath, presse@campact.de, 0151 221 254 20

Greenpeace Tina Loeffelbein, tina.loeffelbein@greenpeace.org,
0151 167 209 15

MISEREOR Barbara Wiegard, barbara.wiegard@misereor.de, 030 443
519 88

NABU Katrin Jetzlsperger, presse@nabu.de, 030 284 984 1534

NaturFreunde Deutschlands Uwe Hicksch, hicksch@naturfreunde.de,
0176 620 159 02

Oxfam Deutschland Steffen Küßner, skuessner@oxfam.de, 030 453
069 710

Welthungerhilfe Anne-Catrin Hummel,
AnneCatrin.Hummel@welthungerhilfe.de,
0172 2525962

WWF Deutschland Julian Philipp, presse@wwf.de, 030 311 777 472

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und
Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert,
um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im
Oxfam-Verbund 21 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund
4.100 lokalen Partnern in 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.

Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

Erst Krise, dann Katastrophe: Oxfam-Bericht sieht über 250 Millionen Menschen armutsgefährdet

geschrieben von Andreas | 25. Juni 2022



[PRESSE-INFO]

Steuergerechtigkeit, Schuldenerlass und Globaler Fonds für soziale Sicherung nötig // Bundesregierung muss Entwicklungsetat erhöhen

Berlin, 12. April 2022. Mehr als eine Viertelmilliarde Menschen könnten im Jahr 2022 in extreme Armut abrutschen. Gründe dafür sind die COVID-19-Krise, die zunehmende globale

Ungleichheit und Preissteigerungen bei Lebensmitteln, die durch den Krieg in der Ukraine noch verstärkt werden. Das ist das Ergebnis der Studie „First Crisis, Then Catastrophe“, die die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam vor der Frühjahrstagung von Weltbank und IWF und dem G20-Finanzministertreffen in Washington vorstellt. Sie prognostiziert, dass bis Ende dieses Jahres 860 Millionen Menschen in extremer Armut leben könnten – und damit weniger als 1,90 Dollar pro Tag zur Verfügung haben. Oxfam fordert von der Bundesregierung, die von der Corona-, Klima- und Ukraine-Krise massiv betroffenen einkommensschwachen Länder nun entschieden durch höhere Leistungen für Entwicklungszusammenarbeit zu unterstützen. Auf internationaler Ebene muss sie sich für Schuldenerlässe, eine höhere Besteuerung von Vermögen und übermäßigen Gewinnen sowie die Gründung eines Globalen Fonds für soziale Sicherung einsetzen.

Nach Berechnungen der Weltbank werden durch COVID-19 und die zunehmende Ungleichheit in diesem Jahr 198 Millionen Menschen in die extreme Armut abrutschen. Damit drohen zwei Jahrzehnte des Fortschritts bei der Armutsbekämpfung zunichte gemacht zu werden. Auf der Grundlage dieser Berechnungen schätzt Oxfam, dass allein durch die weltweit steigenden Nahrungsmittelpreise weiteren 65 Millionen Menschen extreme Armut droht. Insgesamt sind damit 263 Millionen Menschen akut armutsgefährdet – das entspricht der Bevölkerung von Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Spanien zusammengenommen.

„Im Zuge der Corona-Pandemie ist in den vergangenen Jahren die bereits zuvor dramatische weltweite Ungleichheit weiter gestiegen. Hinzu kommt nun der Krieg in der Ukraine, mit dramatischen Folgen in einkommensschwachen Ländern: Ungleichheit und Armut drohen hier weiter zu steigen. Die Weltgemeinschaft darf die Menschen in den einkommensschwachen Ländern jetzt nicht vergessen“ so Tobias Hauschild, Leiter Soziale Gerechtigkeit bei Oxfam Deutschland.

Oxfams Bericht weist darauf hin, dass eine Reihe von Regierungen kurz vor der Zahlungsunfähigkeit steht und gezwungen ist, die öffentlichen Ausgaben zu kürzen. Die ärmsten Länder der Welt müssen in diesem Jahr Schulden in Höhe von 43 Milliarden Dollar zurückzahlen. Dieses Geld fehlt zum Beispiel bei Lebensmittelimporten.

Menschen, die in Armut leben, sind von diesen Schocks am stärksten betroffen. Steigende Lebensmittelkosten machen in wohlhabenden Ländern 17 Prozent der Verbraucherausgaben aus, in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara jedoch bis zu 40 Prozent. Selbst innerhalb der reichen Volkswirtschaften verschärft die Inflation die Ungleichheit: In den USA geben die ärmsten 20 Prozent der Familien 27 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel aus, während die reichsten 20 Prozent nur 7 Prozent ausgeben.

„Die Weltgemeinschaft hat die Mittel, um alle Menschen aus Armut und Hunger zu befreien. Was fehlt, ist der politische Wille. Es ist ein fatales Signal, dass ausgerechnet Deutschland im Jahr der eigenen G7-Präsidentschaft den Entwicklungsetat im Bundeshaushalt 2022 drastisch kürzt. Die Bundesregierung sollte diese Entscheidung revidieren und die Mittel in den kommenden Jahren entschieden erhöhen, um so Bildung, Gesundheit und Ernährungssouveränität in einkommensschwachen Ländern und einen Globalen Fonds für soziale Sicherung zu finanzieren“, fordert Hauschild.

Zudem dringt Oxfam auf Vermögenssteuern, um die Krisen sozial gerecht abzufedern – so auch in Deutschland. Obwohl sich die Kosten auf türmen, haben es die Regierungen – mit wenigen Ausnahmen – versäumt, die Steuern für die Reichsten zu erhöhen. Argentinien hat eine einmalige Sonderabgabe, die so genannte „Millionärssteuer“, eingeführt, die rund 2,4 Milliarden Dollar zur Finanzierung der Coronapandemiebekämpfung eingebracht hat.

Weiter sollten die G20, IWF und Weltbank auf alle

Schuldenrückzahlungen von Ländern mit einem kritischen Verschuldungsniveau verzichten. Ein Schuldenerlass würde allein im Jahr 2022 mehr als 30 Milliarden Dollar für 33 Länder freisetzen, die sich bereits in einer Notlage befinden oder bei denen ein hohes Risiko besteht, dass sie in Schwierigkeiten geraten.

Redaktionelle Hinweise

Die Oxfam-Studie "First Crisis, Then Catastrophe" steht unter zum Download bereit unter https://www.oxfam.de/sites/default/files/filefield_paths/first_crisis_then_catastrophe_embargoed_0001_gmt_12_april_2022.pdf

Pressekontakt:

Nikolai Link,
Tel.: 030-45 30 69 712,
mobil 0177-7375288,
E-Mail: nlink@oxfam.de,
Twitter: @OxfamPresse

Oxfam ist eine der weltweit größten Nothilfe- und Entwicklungsorganisationen. Wir bekämpfen extreme Armut und soziale Ungleichheit mit über 75 Jahren Erfahrung. Zusammen mit rund 4.100 Partnerorganisationen sind wir in über 90 Ländern aktiv. Außerdem machen wir Druck bei Politik und Wirtschaft – mit kreativen Kampagnen, Fachgesprächen und öffentlichen Aktionen.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 21 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 4.100 lokalen Partnern in 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.

Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

Klimawandel treibt Menschen in die Flucht – Oxfam-Bericht: Risiko in armen Ländern fünfmal höher als in reichen

geschrieben von Andreas | 25. Juni 2022
[Presse-Info]

Berlin, 2. November 2017. Menschen in ärmeren Ländern tragen ein fünffach höheres Risiko, wegen extremen Unwettern, Stürmen oder Überschwemmungen zur plötzlichen Flucht gezwungen zu werden als Menschen in den reichen Ländern. Das geht aus dem Bericht „Uprooted by Climate Change“ hervor, den die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam im Vorfeld der Bonner Weltklimakonferenz COP23 vorgestellt hat. Oxfam fordert von den Regierungen, ihre Klimaschutzbemühungen auszuweiten, aus den fossilen Energien auszusteigen und ärmere Länder stärker bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen.

Oxfams Datenanalyse für die Jahre 2008-2016 zeigt, dass in den ärmeren Ländern im Durchschnitt pro Jahr 14 Millionen Menschen (0,42 Prozent der Bevölkerung) ihre Wohnorte fluchtartig verlassen mussten, um Schutz vor Unwetterkatastrophen zu suchen – verglichen mit knapp einer Million Menschen in den reichen Ländern (0,08 Prozent der Bevölkerung). 2016 zwangen

plötzlich auftretende Unwetter insgesamt 23,5 Millionen Menschen in die Flucht. Menschen, die wegen längerfristig entwickelnden Extremwetterlagen, etwa infolge schwerer Dürren, ihre Wohnorte aufgeben mussten, sind dabei noch nicht berücksichtigt. In den ersten neun Monaten des Jahres 2017 betraf dies nach Oxfam-Schätzungen mindestens 1,9 Millionen Menschen.

Fidschi: Nach Zyklon Winston 55.000 Menschen obdachlos

Der Report "Uprooted by Climate Change" schildert, wie Menschen der drohenden Vertreibung durch den Klimawandel begegnen – so auch im Pazifikstaat Fidschi, der den Vorsitz der am 6. November beginnenden UN-Weltklimakonferenz innehat. Dort waren wegen des Zyklons Winston rund 55000 Einwohner/innen obdachlos geworden; die ökonomischen Schäden summierten sich auf ein Fünftel der Wirtschaftsleistung des Landes. Auch im Inselstaat Kiribati zieht die Regierung Umsiedelungen in Betracht – als letzte Möglichkeit, denn trotz steigender Ozeane und heftigerer Stürme möchten die Menschen in ihrer Heimat bleiben:

„Ich hoffe für unser Land, dass die Verhältnisse so bleiben wie sie sind und dass wir hierbleiben können, in dem Land, mit dem wir vertraut sind und wo unsere Vorfahren begraben sind“, sagt Claire Anterea, Umweltaktivistin des Climate Action Network von Kiribati.

Oxfam betont, dass Unwetter zwar nicht per se auf den Klimawandel zurückzuführen sind. Vielerorts wird aber ihr Auftreten infolge des menschengemachten Klimawandels wahrscheinlicher und heftiger. Der steigende Meeresspiegel erodiert flache Küstenstreifen und bedroht die kleinen Inselstaaten, Dürren lassen die Pflanzen vertrocknen, sintflutartige Regenfälle schwemmen die Ernte von den Feldern.

Jan Kowalzig, Klima-Experte bei Oxfam: „Der Klimawandel verschärft Hunger und Armut und zwingt mehr und mehr Menschen

zur fluchtartigen Aufgabe ihrer Heimat. Dabei tragen die Betroffenen zum Klimawandel so gut wie gar nichts bei, stehen aber nach Katastrophen nicht selten vor dem Ruin.“

Deutsche Kohlekraftwerke zerstören Lebensgrundlagen in armen Ländern

Mit Blick auf die laufenden Sonderungsgespräche zur Bildung einer Jamaika-Koalition für eine neue Bundesregierung ergänzt Jan Kowalzig: „Eine Obergrenze für Flüchtlinge zu fordern, ist ohnehin ein Akt wider die Menschenwürde und verhöhnt die Werte unserer Gesellschaft. Solch eine Forderung wird noch um ein vielfaches zynischer, solange Deutschland mit seinen Kohlekraftwerken den Klimawandel weiter anheizt und dadurch die Lebensgrundlagen der Menschen in den armen Ländern zerstört.“

Von den Regierungen fordert Oxfam deutlich mehr Ehrgeiz im Klimaschutz und insbesondere eine Abkehr von den fossilen Energien. Gerade die reichen Länder müssen die ärmeren Länder deutlich stärker als bisher bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen und für Zerstörungen infolge des Klimawandels aufkommen. Zudem muss der Schutz für Menschen auf der Flucht vor den Folgen des Klimawandels international abgesichert werden, etwa im Global Compact zu Flucht und Migration, der nächstes Jahr beschlossen werden soll.

Pressekontakt:

Nikolai Link, Tel.: 030-45 30 69 712, E-Mail: nlink@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland